

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
(15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Maria Flachsbarth,  
Marie-Luise Dött, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 15/4656 –**

### **REACH als Chance für einen Paradigmenwechsel nutzen – Alternativmethoden statt Tierversuche**

#### **A. Problem**

Kern der aktuellen Chemikalienpolitik auf europäischer Ebene ist die Schaffung eines neuen, einheitlichen sowie zeit- und mengenmäßig abgestuften Systems zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien, dem alle Stoffe bis spätestens 2012 unterworfen werden sollen (sog. REACH-System). Das REACH-System in der derzeitigen Ausgestaltung würde – trotz einiger Verbesserungen für den Tierschutz – nach einer Studie der Universität Leicester zu einer starken Zunahme von gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuchen führen. Zur Verfügung stehende und anerkannte Ersatz- und Ergänzungsmethoden werden nach Auffassung der Antragsteller von dem Kommissionsentwurf nicht vollständig ausgenutzt. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung aufgefordert werden, auf eine tierschutzgerechte Neuordnung des europäischen Chemikalienrechts auf der Grundlage bestimmter, in der Vorlage aufgeführter Maßnahmen hinzuwirken.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der  
CDU/CSU und FDP**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/4656 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

### **Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker**  
Vorsitzender

**Heinz Schmitt (Landau)**  
Berichterstatter

**Dr. Maria Flachsbarth**  
Berichterstatterin

**Dr. Antje Vogel-Sperl**  
Berichterstatterin

**Birgit Homburger**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Heinz Schmitt (Landau), Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Antje Vogel-Sperl und Birgit Homburger

### I. Überweisung

Der Antrag – Drucksache 15/4656 – wurde in der 161. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Februar 2005 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Kern der aktuellen Chemikalienpolitik auf europäischer Ebene ist die Schaffung eines neuen, einheitlichen sowie zeit- und mengenmäßig abgestuften Systems zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien, dem alle Stoffe bis spätestens 2012 unterworfen werden sollen (sog. REACH-System). Das REACH-System in der derzeitigen Ausgestaltung würde – trotz einiger Verbesserungen für den Tierschutz – nach einer Studie der Universität Leicester zu einer starken Zunahme von gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuchen führen. Zur Verfügung stehende und anerkannte Ersatz- und Ergänzungsmethoden werden nach Auffassung der Antragsteller von dem Kommissionsentwurf nicht vollständig ausgenutzt. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung aufgefordert werden, auf eine tierschutzgerechte Neuordnung des europäischen Chemikalienrechts auf der Grundlage bestimmter, in der Vorlage aufgeführter Maßgaben hinzuwirken.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag – Drucksache 15/4656 – abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage – Drucksache 15/4656 – in seinen Sit-

zungen am 16. März 2005 und am 15. Juni 2005 jeweils mit inhaltlicher Aussprache beraten.

Die Fraktion der SPD begrüßte ein Engagement für den Tierschutz. Die in der Vorlage geforderten Expositions-kriterien führten jedoch insgesamt zu mehr Tierversuchen, da ein Stoff bei jedem Anwender immer separat noch einmal untersucht werden müsse. Zudem sei es widersprüchlich, einerseits den expositionsbezogenen Ansatz zu befürworten, andererseits das Prinzip „One Substance – One Registration (OSOR)“ zu vertreten.

Die Fraktion der CDU/CSU erläuterte den Inhalt der Vorlage und betonte, dass eine sachgemäße Ausgestaltung der Chemikalienverordnung einen Paradigmenwechsel im Bereich der Verwendung von Alternativmethoden zum Tierversuch einleiten könne. Zu fordern sei der stärkere Rückgriff auf bereits bestehende Altdaten, die Ausrichtung von REACH am britisch-ungarischen Vorschlag „OSOR“, eine sachgerechtere Auswahl von Prüfungsanforderungen und die Schaffung eines vorrangig risiko- und expositionsbezogenen Prüfungsansatzes. Die Förderung von Alternativmethoden sei auch wirtschaftlich sinnvoll, weil es sich um eine junge, innovative Technik handele, die in den nächsten Jahren weltweit nachgefragt werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstrich, dass der Tierschutz im Zusammenhang mit der europäischen Chemikalienverordnung von zentraler Bedeutung sei. Es biete sich grundsätzlich die Möglichkeit, tierversuchsfreie Testmethoden international zu etablieren. Der Vorschlag eines vorrangig expositionsbezogenen Registrierungsansatzes habe allerdings zur Konsequenz, dass die großen Unternehmen auf Kosten der kleinen entlastet würden. Viele der von den Oppositionsfraktionen kritisierten Punkte bezögen sich auf die Umsetzung von REACH, nicht dagegen auf den Verordnungsentwurf selbst.

Die Fraktion der FDP unterstützte insgesamt die inhaltlichen Forderungen der Vorlage. Eine Änderung des REACH-Vorschlages im Sinne des Tierschutzes sei dringend erforderlich. Zu befürworten sei eine bessere Nutzung bisher gesammelter Daten sowie die Verwertung von Altstudien.

Der Ausschuss beschloss in seiner Sitzung am 15. Juni 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 15/4656 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Juni 2005

**Heinz Schmitt (Landau)**  
Berichtersteller

**Dr. Maria Flachsbarth**  
Berichterstellerin

**Dr. Antje Vogel-Sperl**  
Berichterstellerin

**Birgit Homburger**  
Berichterstellerin

